

Stellungnahme zum Entwurf für ein neues LehrerInnendienstrecht 2013

Wir, die LehrerInnen des GRG 23, Anton Baumgartner Straße 123, 1230 Wien wollen auf diesem Weg aufs Schärfste gegen die Verschlechterungen der beruflichen Situation von JunglehrerInnen protestieren, die sich durch den Beschluss des neuen LehrerInnendienstrechts ergeben:

- 1) Durch die Erhöhung der Wochenstundenanzahl und den Wegfall der Lehrverpflichtungsgruppen kommt es zu einer massiven Erhöhung der Arbeitszeit um bis zu 40 %.
- 2) Dadurch sinkt das Realeinkommen, weil für dasselbe Gehalt wie bisher eine erhebliche Arbeitszeiterhöhung in Kauf genommen werden muss.
- 3) Die Vorstellung, dass ein/e Lehrer/in unabhängig von der tatsächlichen Ausbildung zur Unterrichtstätigkeit in einem beliebigen Fach gezwungen werden kann, führt zu einer deutlichen Verschlechterung der Unterrichtsqualität.
- 4) Die Induktionsphase bedeutet durch die Kombination aus voller Unterrichtstätigkeit, zusätzlicher Hospitationsverpflichtung und Begleitstudium eine Überforderung der BerufsanfängerInnen, unter der aber nicht nur die betroffenen KollegInnen, sondern auch die SchülerInnen leiden werden, denn eine sinnvolle und sorgfältige Vor- und Nachbereitung des Unterrichts ist aus Zeitgründen damit unmöglich.
- 5) Die wachsenden Herausforderungen des LehrerInnenberufs verlangen – wie in anderen Ländern seit Jahren üblich – zusätzliches Personal in Form von SozialarbeiterInnen, PsychologInnen und TherapeutInnen. Im Entwurf ist von einer Bereitstellung derselben allerdings keine Rede.

Wir sprechen uns in aller Deutlichkeit gegen eine Veränderung des Dienstrechts aus, die auf Kosten junger KollegInnen und deren Lebensrealität Einsparungsmaßnahmen betreibt, mit denen lediglich Budgetlöcher gestopft werden sollen, während man Eltern erzählt, dass es sich um qualitätssteigernde Maßnahmen handelt.

Mag. Ruth Leitner

Obfrau der Personalvertretung und des gewerkschaftlichen Betriebsausschusses

Für die Dienststellenversammlung des GRG 23, Anton Baumgartner Straße 123, 1230 Wien,
vom 19. September 2013